

# «Frauenbranchen sind Tieflohnbranchen»

**Mindestlohn** Das kantonale Ja-Komitee hat gestern seine Argumente präsentiert



Sie kämpfen auf Kantonsebene für den Schweizer Mindestlohn am 18. Mai (v.l.): Edwin Loncar (Junge SP Region Olten), Barbara Wyss (Grüne Kanton Solothurn), Ivano Marraffino (Unia), Nationalrat Philipp Hadorn, Franziska Roth (SP Kanton Solothurn) und Zabedin Iseini (Syna). LFH

VON LUCIEN FLURI

«Wenn Frauen arbeiten, dann fliesst am Monatsende oft weniger Geld aufs Konto.» «Frauenbranchen sind Tieflohnbranchen», sagte gestern SP-Kantonpräsidentin Franziska Roth. Zusammen mit Vertretern der Jungen SP, der Grünen, des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften Unia und Syna stellte sie die Argumente vor, die der Initiative «Ja zum Mindestlohn» am 18. Mai zum Erfolg verhelfen sollen.

«Frauen sind überproportional von tiefen Löhnen betroffen», so Roth. 7 von 10 Personen, die unter 4000 Franken pro Monat verdienen, seien Frauen. Auch der erfolgreiche Lehrabschluss in der Tasche bringe ihnen den Lohn oft nicht über die 4000er-Grenze. Jede achte erwerbstätige Frau verdiene weniger als 22 Franken pro Stunde, sagte Roth – darunter 47'000 Verkäuferinnen. «Je höher der Frauenanteil innerhalb einer Branche, desto tiefer sind die Löhne.» Rund 230'000 betroffene Frauen, die, etwa im Detailhandel unter 22 Franken in der Stunde verdienen, würden mit dem Mindestlohn endlich «eine längst fällige Lohnerhöhung erhalten», ist Roth überzeugt. «Der Mindestlohn ist somit ein hochwirksames Mittel für mehr Lohngleichstellung, zumindest am unteren Ende der Lohnskala.»

Ungerecht findet es SP-Nationalrat Philipp Hadorn, «wenn Menschen trotz eines Vollzeitjobs in unserem Land keine Chance haben, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten.» 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat heisst das Rezept, mit dem Gewerkschaften und linke Parteien den Missstand am 18. Mai beheben wollen. «Was Ketten von Lebensmitteldetaillisten für den erfolgreichen Markteintritt in die Schweiz schon schafften, werden wohl auch die übrigen in unserem Land tätigen Branchen einhalten können», so Hadorn.

## Sozialpartnerschaft: «Ein Mythos»

Lösen nicht Gesamtarbeitsverträge (GAV) der einzelnen Branchen das Problem? «Tatsache ist, dass nur knapp die Hälfte der Arbeitnehmenden durch einen Gesamtarbeitsvertrag geschützt ist», sagte der Solothurner Unia-Sektionssekretär Ivano Marraffino. Dort, wo es keinen Gesamtarbeitsvertrag gebe, soll die Initiative für den nötigen Ersatz sorgen und jedem Vollzeitarbeitenden 22 Franken pro Stunde bringen. Die in den vergangenen Wochen «von vielen Arbeitgebern gepriesene Sozialpart-

nerschaft ist in vielen Sektoren ein Mythos.» Oft sei die Bereitschaft der Arbeitgeber nicht da, einen GAV auszuhandeln. Tieflohnbranchen wie Callcenter, Kosmetikinstitute oder Fitnesscenter hätten gar keine Arbeitgeberverbände – und damit auch keinen GAV.

## «Die von vielen Arbeitgebern gepriesene Sozialpartnerschaft ist in vielen Sektoren ein Mythos.»

Ivano Marraffino, Sektionssekretär Unia

«Schlicht und ergreifend falsch» sei die Behauptung der Initiativgegner, ein Mindestlohn würde die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer gefährden, sagte Zabedin Iseini, Regionalverantwortlicher der Gewerkschaft Syna Region Olten. «Viele anständige Unternehmer, die schon heute anständige Löhne bezahlen, haben einen erheblichen Nachteil gegenüber der Billigkonkurrenz», hielt er fest. Ihnen würde geholfen. Zudem würden Tiefstlöhne Betroffene in die Sozialhilfe drängen. «Der Staat muss einspringen, weil Arbeitgeber Schandlöhne bezahlen und ihre Verantwortung nicht wahrnehmen.»

## Gute Erfahrung in England

Barbara Wyss Flück (Grüne) öffnete den Blickwinkel auf Europa. 21 Länder hätten vor Jahren eine flächendeckende Lohnuntergrenze eingeführt und damit positive Erfahrun-

gen gemacht. «Länder mit viel schwierigerer Arbeitsmarktsituation machen es vor», zog Wyss Bilanz. Grossbritannien etwa habe mit 7,60 Euro fixem Mindestlohn eine niedrigere Arbeitslosigkeit und höheres Wirtschaftswachstum als andere europäische Länder. – Mit der Schweizer Arbeitslosenquote wurde das Beispiel England allerdings nicht verglichen.

## Für den Menschen, nicht die Firma

«Auch wenn nur die wenigsten der ganz jungen Arbeitnehmenden bereits eine Familie haben, bedeutet das nicht, dass sie deswegen Tieflohne erhalten müssen», bekräftigte Edwin Loncar von der jungen SP Region Olten. «Erschreckend viele junge Menschen sind bereits Sozialhilfebezügler.» Das Argument, Jugendliche hätten bei einem fixen Mindestlohn von 4000 Franken keinen Anreiz mehr, eine Berufslehre in Tieflohnbranchen zu machen, konterte Loncar. «Bereits heute gibt es sehr viele Jobs, die Ungelernte ausüben, und dabei mehr als 4000 Franken verdienen.» Jugendliche seien sich bewusst, dass nur eine Ausbildung gute Aussichten für die Zukunft bedeute. Grundsätzlich sei Arbeit da, damit Menschen mit dem Geld überleben können – und nicht damit Unternehmen dank günstigen Arbeitskräften überleben können, schloss Loncar.



Nationalrat Urs Schläfli (CVP, l.), Ständerat Roberto Zanetti (SP).

## A1-Tunnel Gäu: Motion «halb» zurückgezogen

**Eidgenössische Räte** SP-Ständerat Roberto Zanetti (Gerlafingen) hat die Motion für eine teilweise Tunnelführung der künftig sechsspurigen Autobahn A1 zwischen Luterbach und Härkingen zurückgezogen. Im Dezember hatten Urs Schläfli (CVP, Deitingen) im Nationalrat und Zanetti im Ständerat je eine gleichlautende Motion für eine Tunnellösung eingereicht, die den Kulturlandverlust vermindern und im Gäu bei Oberbuchsitzen einen grossen Wildtierübergang unnötig machen könnte.

Der Bundesrat sicherte in der Antwort zu, dass das Bundesamt für Strassen (Astra) die Machbarkeit der geforderten Tunnel prüfen und aufgrund einer Abwägung der Vor- und Nachteile – auch des nichtmonetären Nutzens – über die Aufnahme von Tunnels in das Projekt entscheiden werde. Vor einer solchen Prüfung wollte sich der Bundesrat nicht zu einer Tunnellösung verpflichten lassen und beantragte den Räten deshalb die Ablehnung der Motion.

Im Ständerat vermied Zanetti nun eine Abstimmung über die Motion, indem er diese unmittelbar vorher zurückzog. Viel mehr als die versprochene Prüfung könne er ja im heutigen Zeitpunkt vom Bundesrat nicht verlangen, meinte er. Und zu Bundesrätin Doris Leuthard sagte Zanetti: «Ich freue mich auf die Eröffnungsfeier im solothurnischen Gäu und verspreche Ihnen, dass es ein fröhliches Fest geben wird.»

Urs Schläfli will seine Motion vorläufig nicht zurückziehen; er werde dann entscheiden, wenn sie im Nationalrat traktandiert sei, erklärte er auf Anfrage. (CVA)

## Zugang zur Weiterbildung erleichtern

**Fachbereich Gesundheit** Die Regierung begrüsst in ihrer Vernehmlassungsantwort an das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation den Entwurf der Teilrevision der Verordnung über den nachträglichen Erwerb des Fachhochschultitels. Auf Zustimmung stösst namentlich, dass im Bereich der Pflege der Zugang zu Aus- und Weiterbildungen auf Hochschulstufe für Absolventen einer höheren Fachschule erleichtert werden soll. «Damit kann die Berufsverweildauer verlängert, die Attraktivität erhöht und letztlich der Fachkräftemangel gelindert werden», schreibt die Regierung in einer Mitteilung. Unter der Optik der Versorgungssicherheit sei es wichtig, den nachträglichen Erwerb eines Fachhochschultitels nicht unnötig zu erschweren.

Gemäss dieser Zielsetzung möchte der Regierungsrat aber, dass der Katalog der im Fachbereich Gesundheit für den nachträglichen Erwerb eines Fachhochschultitels möglichen Zusatzausbildungen erweitert wird. So sollen folgende Weiterbildungen als Grundlage anerkannt werden: Ein schweizerisch anerkannter Abschluss im Bereich Anästhesie, Intensiv, Notfall (AIN), ein erfolgreicher Abschluss eines einschlägigen Validierungsverfahrens bzw. einer Prüfung sur Dossier, eine fünfjährige qualifizierte Berufserfahrung. (SKS)

## Bald eine Kirchgemeinde Dorneck-Thierstein?

**Christkatholiken** Die 73. Session des Synodalverbandes thematisierte in Solothurn die Voraussetzung einer Gründung im Schwarzbubenland.

VON BRIGITTA KÖHL

Seit einiger Zeit seien Bestrebungen im Gang, die Christkatholiken in der Diaspora in Kirchgemeinden zusammenzufassen. So auch in Dorneck-Thierstein, wo die Christkatholiken von Denise Wyss betreut werden, die als Initiatorin in Laufen amtiert. Deshalb fand die letztjährige Session des christkatholischen Synodalverbandes in Laufen statt. So berichtete Clemens Ackermann, Präsident des christkatholischen Synodalverbandes Kanton Solothurn, an der diesjährigen Synodesession am Samstag in So-

lothurn. Seither haben sich Bischof Harald Rein, die Präsidentin des Synodalrates, Manuela Petraglio-Bürgi, und die Christkatholiken in Dorneck-Thierstein für die Gründung einer christkatholischen Kirchgemeinde im Schwarzbubenland eingesetzt.

## Grundlagen bekannt gemacht

Denise Wyss erklärte, was rechtlich zu einer Gemeindegründung nötig sei. Alle Christkatholiken im betreffenden Gebiet müssen angefragt werden. Bei einer Zustimmung von fünfzig Prozent kann das Datum der Gründung festgelegt werden. Dann müsste der Kantonsrat noch zustimmen. Denise Wyss hofft denn auch, dass die Gemeinde gegründet werden kann.

Die übrigen Traktanden bewegten sich im üblichen Rahmen und wurden von Ackermann speditiv abgewi-

ckelt. Im Synodalausschuss gab es einen Wechsel im Sekretariat: Anstelle von Ubald Suter, Bellach, wurde Klaus Wloemer, Pfarrer in Solothurn, gewählt. Bei den Wahlen in verschiedenen Organisationen gab es keine Mutationen. Der Präsident dankte den Mandatsträgern für ihren Einsatz, denn nur so könnte die christkatholische Kirche ihre Vertretung in gemeinsamen ökumenischen Gremien wahrnehmen, was sehr wichtig sei.

## Erfreuliche Kooperation

Die interkonnessionelle Zusammenarbeit in der solothurnischen interkonnessionellen Konferenz (Siko) sei sehr erfreulich und gebe den Kirchen eine Stimme, die in Politik und Gesellschaft gehört werde, sagte der Präsident in seinem Jahresbericht. So sei das Referendum gegen die Herabstufung des Bettags als hoher Feier-

tag sehr schnell zustande gekommen.

Es gelte nun, die Leute für die Abstimmung vom 18. Mai zu sensibilisieren. Gemeinsam wurde auch die Stellungnahme zur Vernehmlassung Lehrplan 21 im Bereich «Ethik, Religion, Gemeinschaft» erarbeitet. Es sei erfreulich, dass auch dieses Jahr die drei Landeskirchen gemeinsam die Plattform der Heso zum Kontakt mit der Öffentlichkeit nützten. Der Auftritt der Kirchen habe «Erntedank/danken – denken» zum Thema.

## Gutes Verhältnis

Abschliessend wies Regierungsrat Remo Ankli auf die gute Zusammenarbeit zwischen Kanton und Kirchen hin, die auch in kommenden Zeiten, wenn die Finanzen knapper würden, sehr wichtig sei.